

Maulkorb nach der Pleite



Das Ende: Die Stuttgarter Anzeigetafel zeigt den Schlussstand zwischen dem VfB und Werder an.

FOTO: IMAGO

Stuttgart. Dicke Luft bei Werder: Nach der 2:3 (0:1)-Niederlage beim VfB Stuttgart haben Sportchef Thomas Eichin und Trainer Viktor Skripnik die Mannschaft gemafre-

gelt und den Profis unmittelbar nach dem Abpfiff einen Maulkorb erteilt. Wütend machte die Sportliche Leitung vor allem, dass das Team nach dem späten 2:2-Aus-

gleichstreffer durch Jannik Vestergaard (86.) in der Nachspielzeit trotz Überzahl noch das 2:3 hinnehmen musste. Das bisherige Schlusslicht aus Schwaben, das durch

den Sieg die rote Laterne an den Hamburger SV weitergab, war zuvor zweimal nach individuellen Bremer Fehlern in Front gegangen. **Berichte Seite 19**

Flugzeug stürzt neben Autobahn

Hatten (ute). Beim Absturz eines Kleinflugzeugs unmittelbar neben der Autobahn 28 im Bereich der Gemeinde Hatten (Landkreis Oldenburg) sind gestern am frühen Nachmittag der Pilot aus Kirchseele (Landkreis Oldenburg) gestorben sowie seine drei Passagiere aus Syke (Landkreis Diepholz) lebensgefährlich verletzt worden. Der Verkehr auf der Autobahn war nicht unmittelbar gefährdet. Allerdings evakuierte die Polizei die nähere Umgebung der Absturzstelle kurzzeitig wegen befürchteter Explosionsgefahr durch ausgelaufenes Kerosin. Und durch Rettungs- und Bergungsarbeiten sowie auch durch Gaffer kam es in beiden Richtungen zu erheblichen Beeinträchtigungen, die bis in den Abend andauerten.

Der Absturz ereignete sich gegen 13.30 Uhr unmittelbar nach dem Start der einmotorigen Propellermaschine auf dem etwa einen Kilometer entfernten Flugplatz Hatten. Die Maschine bohrte sich vor der Leitplanke in die Böschung der Autobahn. Zur Ursache lagen gestern noch keine Erkenntnisse vor; Experten des Luftfahrtbundesamts untersuchten das Wrack und die Absturzstelle. Der 69-jährige Pilot galt als erfahrener Flieger. **Bericht Seite 12**

Einfache Sprache gefällt nicht jedem

Bremen (wig). Die Formulierungen in „Leichter Sprache“ auf den Unterlagen zur Bürgerschaftswahl am 10. Mai sind umstritten: In kritischen Kommentaren unserer Leserinnen und Leser heißt es unter anderem, die Texte dürften nicht einmal als Kindergarten-Deutsch bezeichnet werden, weil dies „eine Beleidigung für die Kinder“ wäre. Befürworter hingegen verweisen darauf, dass Texte gerade mit juristischen Inhalten oft kompliziert seien: Wenn es einfacher gehe, „dann sollte man es tun.“

Erstmals waren Informationen zur Parlamentswahl im Mai in „Leichte Sprache“ übersetzt worden. Merkmale sind unter anderem einfache Sätze und möglichst kurze Wörter. Hinzu kommen auf den Stimmtzettel künftig in Farbe die Logos der Parteien. Die Organisatoren im Innenressort versprechen sich davon, dass damit „möglichst vielen Menschen der Zugang zur Wahl so leicht wie irgend möglich“ gemacht werde, so Behördensprecher Olaf Bull.

Bei der Bürgerschaftswahl vor vier Jahren hatte es mehr als 9000 ungültige Stimmen gegeben. Bei einer Wahlbeteiligung von 55,5 Prozent entsprach dies einem Anteil von 3,3 Prozent. **Bericht Seite 7**

Türkei regt sich über den Papst auf

Rom-Ankara. Papst Franziskus hat den Tod von möglicherweise bis zu 1,5 Millionen Armeniern vor 100 Jahren in einer Messe am Sonntag als „ersten Völkermord im 20. Jahrhundert“ bezeichnet. Als Reaktion bestellte die Türkei, die es als Rechtsnachfolgerin des osmanischen Imperiums ablehnt, von Genozid zu sprechen, den Vatikan-Botschafter ins Außenministerium in Ankara ein und zog ihren eigenen Vertreter beim Heiligen Stuhl ab. Das meldete die regierungsnah türkische Nachrichtenagentur Anadolu.

Die Papst-Äußerungen seien „weit entfernt von der historischen Realität“, erklärte Außenminister Mevlüt Cavusoglu auf Twitter. Sie könnten „nicht akzeptiert“ werden. „Religiöse Autoritäten sollten nicht durch haltlose Anschuldigungen Vorurteile und Hass schüren“, fügte Cavusoglu hinzu. Dagegen lobte der armenische Präsident Sersch Sargsjan die Äußerungen des Papstes als „starkes Signal“ an die internationale Gemeinschaft, dass ein Völkermord, der nicht verurteilt werde, eine „Gefahr für die ganze Menschheit“ darstelle. Sargsjan nahm an dem Gottesdienst zur Erinnerung an die Gräueltaten an den Armeniern im Petersdom teil. **Thema Seite 3**

Porsche und Piëch streiten um VW



Offenbar nicht mehr einer Meinung: Wolfgang Porsche (l.) und Ferdinand Piëch. FOTOS: DPA

Wolfsburg. Bei Europas größtem Autobauer Volkswagen zeichnet sich ein erbitterter Machtkampf in der Führungsspitze ab. Dabei droht nun auch noch ein Konflikt zwischen den Familien Porsche und Piëch. Sie halten die Mehrheit an VW. Zuvor hatten der VW-Betriebsrat und das Land Niedersachsen Winterkorn den Rücken gestärkt. Der Ausgang der Führungsfrage ist völlig offen.

Piëch hatte dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ überraschend gesagt: „Ich bin auf Distanz zu Winterkorn.“ Dies kam einer Demontage seines langjährigen Wegbegleiters Winterkorn gleich. „Die Aussage von Herrn Dr. Piëch stellt seine Privatmeinung dar, welche mit der Familie inhaltlich und sachlich nicht abgestimmt ist“, ließ Wolfgang Porsche als Vertreter der Porsche-Familie am Sonntag in Stuttgart mitteilen. Er ist der Sprecher des Porsche-Familienstamms. Damit steht Piëch mit seinen Äußerungen zunehmend allein da.

Bisher gab es aus dem VW-Aufsichtsrat keine öffentliche Unterstützung seiner Position. Piëch hatte außerdem gesagt: „Ich strebe an, dass an die Spitze des Aufsichtsrats und des Vorstands die Richtigen kommen.“ Seine Motive für die Äußerungen sind unklar. **Bericht Seite 13**

Behörden bündeln Terrorabwehr

Neuerung nach Bremer Pannen: BKA kann schneller in Landeshoheit eingreifen

VON KIRA PIEPER

Berlin-Bremen. Das Bundeskriminalamt sieht eine zunehmende Terrorgefahr und wirbt für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. „Die Anzahl der Hinweise auf terroristische Anschläge in Deutschland hat weiter zugenommen“, sagte BKA-Präsident Holger Münch im Gespräch mit dem WESER-KURIER. Er kennt die Arbeit auch aus der Perspektive der Länder: Der gebürtige Bremer war zuvor unter anderem Polizeipräsident in Bremen und Staatsrat beim Innenminister.

Die wachsende Terrorgefahr stellt Länder und Bund vor eine immer größere Herausforderung. Denn bei der Terrorbekämpfung müssen mehrere Behörden ineinandergreifend arbeiten. Zunächst ist bei einem Anti-Terror-Einsatz das betroffene Bundesland zuständig. Doch als Ende Februar in Bremen der Verdacht bestand, dass Islamisten aus Frankreich eingereist sind, um einen Anschlag zu verüben, wurde auch das BKA eingeschaltet. Solche Vorgänge kommen mittlerweile häufig vor. Derzeit werden bundesweit mehr als 500 Ermittlungsverfahren wegen Terrorverdachts mit über 800 Beschuldigten bearbeitet. Über ein Drittel davon liegt auf den Schreibtischen von BKA-Mitarbeitern.

„Die Tendenz ist steigend“, sagte Münch. Mit den steigenden Fallzahlen wird auch der Austausch zwischen den Behörden und die Abstimmung untereinander immer komplizierter. Aus diesem Grund wurde schon vor gut zehn Jahren das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) gegründet. Das Zentrum dient der Zusammenarbeit von rund 40 Behörden. Beteiligt sind unter anderem die Landeskriminalämter und die Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern. „Das Zentrum wurde eingerichtet, um Gefahren frühzeitig zu erkennen und diese abzuwehren“, sagte. Es sei das Hauptinstrument bei der Zusammenarbeit von Bund und Ländern.

„Wir lernen aus Anschlägen wie in Paris Anfang des Jahres“, so der BKA-Präsident.

„Im GTAZ werden darauf basierend unsere Konzepte weiterentwickelt, damit im Falle einer möglichen Gefahr bei allen Beteiligten Handlungssicherheit herrscht.“

Die größte Herausforderung, vor der das GTAZ derzeit steht, ist die Flut an Terrorhinweisen, die eingehen und bearbeitet werden müssen. Ist Gefahr in Verzug, müssen schnelle Entscheidungen gefällt werden. Holger Münch nennt dazu Bremen als Beispiel und auch Braunschweig, wo im Februar der Karnevalsumzug kurzfristig abgesagt wurde. „Dort mussten die Sicherheitsbehörden binnen weniger Stunden die Gefährdung beurteilen und angemessen reagieren.“ Zu den Fehlern, die Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) eingeräumt hat, wollte sich Münch nicht äußern.

Bislang waren die Mitarbeiter des GTAZ darauf angewiesen, dass die Länder sie frühzeitig über dort eingegangene Hinweise informieren. Außerdem musste das Zentrum die Länder darum bitten, die Information zu analysieren und zu bewerten. Auffällig ist nun, dass laut Münch die Kommunikation zwischen Ländern und Bund ausgerechnet im März – also direkt nach der Bremer Terrorwarnung – noch einmal überarbeitet wurde. Das Resultat: Das BKA stellt fortan neben dem betroffenen Bundesland eigene Recherchen zu den Hinweisen an und bewertet diese in Zusammenarbeit mit den anderen Sicherheitsbehörden im GTAZ. Die Ergebnisse werden wiederum dem Bundesland angeboten. „Wir haben hier insgesamt für eine Beschleunigung gesorgt, die angesichts der derzeitigen Situation unerlässlich ist“, erläuterte Münch die Änderung.

Ist das ein Hinweis darauf, dass bei dem Anti-Terror-Einsatz in Bremen die Absprachen nicht optimal verliefen? Kurz nach dem Einsatz hatte es Kritik an der Informationspolitik gegeben. So hatte der Innen-

ausschuss des Bundestages Bremen vorgeworfen, die Bundesbehörden nicht ausreichend einbezogen zu haben; sie seien lediglich durch „wildes Herumtelefonieren“ informiert worden. Eine Sprecherin des Innenministers wies dies jedoch zurück: Alle zuständigen Bundesbehörden seien unverzüglich informiert worden.

Und auch das GTAZ war kritisiert worden: So berichtete der „Kölner Stadt-Anzeiger“, dass regelmäßige Lagebesprechungen nur wochentags, nicht jedoch am Wochenende stattfänden. Die Bearbeitung von Hinweisen auf Anschläge könnten sich demnach verzögern. Im Gespräch mit dem WESER-KURIER erklärte Münch jedoch, dass das GTAZ ständig erreichbar sei. Der Informationsfluss zwischen Bund und Ländern laufe bei einem Terrorverdacht „standardisiert“ ab.

Der BKA-Chef räumte jedoch ein, dass manche Bundesländer mehr mit islamistischen Terrorismus zu tun hätten als andere. So befassten sich beispielsweise Nordrhein-Westfalen und Berlin sehr intensiv mit dem Thema und seien auch dementsprechend ausgerichtet. Andere Bundesländer indes weniger. Münch ging im Gespräch mit dieser Zeitung jedoch nicht darauf ein, wo sich auf dieser Skala Bremen einordnen lässt.

In jedem Fall scheint die Bundesregierung in Alarmbereitschaft zu sein. Derzeit arbeiten mehrere hundert BKA-Mitarbeiter in einer Gruppe, die für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zuständig ist. Und es sollen mehr werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat bekannt gegeben, dass noch in diesem Jahr 400 zusätzliche Bundespolizisten eingestellt werden sollen. 2016 werden dann noch mal 350 Stellen geschaffen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und das BKA bekommen im nächsten Jahr jeweils 200 neue Mitarbeiter. **Kommentar Seite 2**



Holger Münch
FOTO: KUHAUPT

INHALT

Familienanzeigen	11
Fernsehen	16
Gesundheit	24
Lesermeinung	18
Rätsel & Roman	15
Verbraucher	14

H 7166 • 28189 BREMEN



POLITIK

Clinton-Kandidatur jetzt offiziell

Washington. Hillary Clinton hat sich am Sonntag offiziell um die Nachfolge von Präsident Barack Obama beworben. Das gab die frühere US-Außenministerin in einem Video auf ihrer Internetseite bekannt. Die 67-Jährige kündigte an, sich gegen die soziale Ungleichheit in den USA einsetzen zu wollen. „Normale Amerikaner brauchen eine Vorkämpferin. Ich möchte diese Vorkämpferin sein“, erklärte sie. Clinton gilt als große Favoritin im Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur und liegt in Umfragen weit vor der parteiinternen Konkurrenz. Der Nachfolger von Obama wird am 8. November 2016 gewählt. **Seiten 2 und 4**

WIRTSCHAFT

Hannover Messe startet

Hannover. Die größte Industrieschau der Welt beginnt am Montag. Bereits am Sonntag eröffneten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der indische Premierminister Narendra Modi in Hannover die Schau. Indien ist diesmal das Partnerland der Messe mit gut 6500 Ausstellern aus rund 70 Ländern. Erwartet werden 217.000 Messegäste aus aller Welt. Einer der Schwerpunkte ist das Thema Industrie 4.0. **Seite 13**



FOTO: AFP

DER NORDEN

Werkverträge in der Kritik

Hannover. Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD), Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) und Repräsentanten der Schlacht- und Zerlegeindustrie haben sich verständigt. „Das gemeinsame Ziel“, heißt es, bestehe darin, die Zahl der Werkvertragsbeschäftigten „deutlich zu reduzieren“. Lies hatte zuvor von einem „perversen System“ und „moderner Sklaverei“ gesprochen. Nach Einschätzung der Landesregierung sind bis zu 80 Prozent der Beschäftigten in der Branche Werkvertragsarbeiter. Von höchstens 50 Prozent geht der Branchenverband VDEW aus. 20 Prozent sind das erklärte Ziel für Lies. **Seiten 2 und 11**

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
13°	5°	40%

Ein kräftiges Hoch rückt näher
Zwischen einem Hoch über dem Ärmelkanal und einem Tief über dem Baltikum gibt es in Mitteleuropa kaum Schauer.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell